



Inkrafttreten der Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 19 „Drabenderhöhe“

Ziel der Teilaufhebung dieses Bebauungsplans ist es, bauliche Veränderungen, die städtebaulich vertretbar sind, zu ermöglichen.

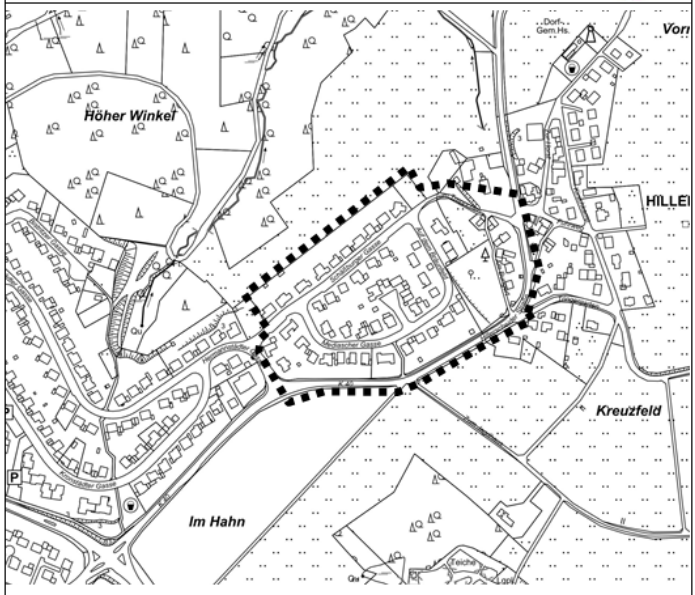
Der Rat der Stadt Wiehl hat in seiner Sitzung am 08.11.2022 die Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 19 „Drabenderhöhe“ beschlossen. Vorstehender Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der oben genannte Bebauungsplan tritt gemäß § 10 BauGB mit dieser Bekanntmachung außer Kraft und die Verfahrensunterlagen werden ab dieser Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht im Rathaus der Stadt Wiehl, Bahnhofstr. 1, Zimmer 55-57, während den Öffnungszeiten bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Die einzelnen Bestandteile dieses Aufhebungsverfahrens können zusätzlich im Internet unter www.wiehl.de (Bürgerinfo → Rund ums Bauen → Bauleitplanung → Online verfügbare Planungen) bzw. im Bauportal NRW unter www.bauleitplanung.nrw.de eingesehen werden.

Der Geltungsbereich ist in untenstehendem Übersichtsplan gekennzeichnet.

Teilaufhebung des Bebauungsplan Nr. 19 „Drabenderhöhe“

Übersichtsplan o.M. mit Geltungsbereich



Hinweise:

Gem. § 215 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) werden unbeachtlich

- eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
- nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Wiehl geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist bei der Geltendmachung darzulegen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die form- und fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Satzung und über das Erlöschen dieser Entschädigungsansprüche wird hingewiesen. Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung kann gemäß § 7 Abs. 6 GO NW nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn:

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.